

Rede anlässlich der Gegen-Demo zur AfD-Veranstaltung am 1.7.2017 in Nördlingen

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

zum besseren Verstehen muss ich ein bisschen ausholen. Vielleicht lässt sich dadurch das Aufkommen und Erstarken der AfD zumindest erklären:

Um unsere Demokratie ist es schlecht bestellt. Der Britische Politikwissenschaftler Crouch hat bereits 2004 ein Phänomen beschrieben. Er hält das Aufkommen extremer Parteien nur für ein Symptom. Die Krankheit heißt „Postdemokratie“ mit der Folge, dass wir nicht mehr politisch, sondern ökonomisch regiert werden.

Postdemokratie nennt man eine Gesellschaftsform, in der eine technokratische Kaste aus Wirtschaft, Politik und Medien bestimmt, was dem Gemeinwohl, also uns allen, zuträglich ist. Wahlen sind nur noch notwendiges Übel des Machterhalts. Politischer Wettbewerb wird von Experten organisiert und entspricht nicht mehr dem Ringen um Ideen und Lösungen. Demokratie aber ist auf Widerspruch angewiesen und davon abhängig, dass immer wieder versucht wird, miteinander zu sprechen und einen Konsens zu finden.

Es schaut hingegen ganz danach aus, dass „die, da oben“ eine völlig andere Sprache sprechen, wie „die, da unten“, was zwangsläufig dazu führt, dass man sich nicht mehr versteht und den sog. Eliten nicht mehr vertraut. PEDIGA und alle Nachahmer und auch die AfD sind Paradebeispiele für dieses „sich nicht mehr verstehen“. Wir sind auf dem Weg in postdemokratische Zustände also bereits weit fortgeschritten.

Politik verkommt aus der Sicht von Crouch zum öffentlichen Spektakel, während wichtige Entscheidungen unbeobachtet von der Öffentlichkeit zwischen den Eliten aus Politik und Wirtschaft ausgehandelt werden oder Regierungen in vorauseilendem Gehorsam den Unternehmensinteressen folgen. Dies wird sichtbar an allen Freihandelsabkommen, egal wie auch heißen mögen, und an den demnächst wieder stattfindenden G20-Verhandlungen in Hamburg.

Ich käme niemals auf die Idee, das Gros der AfD-Sympathisanten und Wähler als „Pack“ (Gabriel, SPD) oder gar als Abschaum der Demokratie zu bezeichnen, wie von bekannten Politikern geschehen. Menschen mit Gegenwarts- und Zukunftsangst, Abgehängte und an den Rand Gedrängte werden instrumentalisiert und gehen den demagogischen Wahrheitsverbiegern und Vereinfachern auf den Leim.

Was ist der eigentliche Kern des Rechtspopulismus? Der Populist – gleich ob von rechts, von links oder vom Ego eines Führers aus motiviert - „argumentiert“ immer gleich:

Die Welt ist einfach – nur die Intellektuellen machen alles kompliziert. Es gibt „uns“ und „die anderen“. Die anderen sind die Problem-Macher. Wir leiden, kommen zu kurz, werden betrogen. Wir stehen im Gegensatz zu den anderen, den Eliten, dem Establishment, den Fremden...

Das Volk, das „normal denkende Volk“ steht im Gegensatz zu „den verrückten oder eingebildeten Eliten“. Das „angestammte Volk“ steht im Gegensatz zu den andersartigen Fremden. Das „hart arbeitende Volk“ steht im Gegensatz zu den Sozialschmarotzern ganz unten und ganz oben.

„Wir wollen hier keine Fremden und wir wollen nicht von selbst ernannten Eliten oder Eurobürokraten beherrscht werden“ – das, meine Damen und Herren, ist die Kurzformel für Rechtspopulismus.

Rechtspopulisten setzen auf die Zustimmung der „kleinen Leute“, die sich benachteiligt fühlen bzw. tatsächlich benachteiligt werden. Es lohnt sich daher, genauer hinzuschauen, was in den Programmen rechtspopulistischer Gruppen steht und was die führenden Leute in ihren Reden sagen.

Rechtspopulisten wollen zudem die Menschenrechte auf Grundrechte nur für die Staatsbürger reduzieren.

Auch das Grundgesetz unterscheidet zwischen Staatsbürgerrechten und allgemeinen Menschenrechten. Das ist auch gut so. Das Wahlrecht ist ein Staatsbürgerrecht. Auch die Versammlungsfreiheit. Aber die Menschenwürde, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das Grundfreiheitsrecht des Art. 3 – das alles sind universalistische, auf alle Menschen bezogene Rechte!

Ich bitte Sie, mich nicht miss zu verstehen: Es ist ganz selbstverständlich, dass es Staatsbürgerrechte gibt, die nur Staatsbürgern eines Landes zustehen: Das Wahlrecht, das Versammlungsrecht, das Recht auf Gründung von Gewerkschaften und Organisationen, das Recht seinen Wohnort und seine Arbeit frei zu wählen – das alles sind Staatsbürgerrechte.

Das Recht auf Würde, auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf gerechte und gleiche Behandlung vor dem Gesetz und das Recht, seine Religion frei zu wählen und auszuüben - das alles sind aber nicht nur Bürger- sondern Menschenrechte.

Liebe Versammelte, wer ökologisch denkt kann nicht national oder gar nationalistisch denken! Wer ökologisch denkt, muss global denken und handeln und darüber hinaus dieses Denken und Handeln auf die lokale Ebene herunterbrechen.

Insofern wundert es mich nicht, dass die AfD sich in ihrem Programm heute als eine klar antiökologische Partei definiert. Sie fordert tatsächlich wortwörtlich wieder „freie Fahrt für freie Bürger“ und will große Teile der bestehenden Tempobegrenzungen abbauen. Sie will die Energieeinsparverordnung abschaffen. Sie will das EEG ersatzlos streichen und die Atomkraftwerke weiter laufen lassen, also noch mehr Atommüll produzieren und das tödliche Abenteuer fortsetzen. Sie bestreitet die menschengemachte Überhitzung der Atmosphäre. Nationalisten ist der Planet egal. Sie können nur egoistisch denken und handeln. Dass der hohe Energie- und Materialumsatz der Industrieländer die Lebenschancen anderer Menschen im Süden bedroht, dass dies eine der schwerwiegenden Fluchtursachen ist, das alles scheint die Herrschaften von der AfD und ihre Wählerschaft nicht zu interessieren. Oder aber die Wählerschaft weiß nicht und ahnt nicht, dass diese angebliche Alternative die ökologischen Gefahren weiter verschärfen will. Wir sollten, nein, wir müssen es den Menschen sagen!

Wir haben die Verletzlichkeit unseres Lebensraums, die begrenzte Belastbarkeit unserer planetarischen Systeme Klima, Wasser, Böden und Artenvielfalt erkannt und erkennen, dass der Mensch diese Systeme nicht nur überlasten kann, sondern defacto seit langem überlastet.

Der Rechtspopulismus leugnet die wissenschaftlichen Erkenntnisse und lehnt die Konzepte zum Klimaschutz, die Abkehr von der Verbrennung fossiler Energiestoffe und von der Atomkernspaltung, die Hinwendung zu erneuerbaren Techniken kategorisch ab. Deutschland soll alle Klimaschutzabkommen kündigen, wenn es nach der AfD gehen würde. Ihrer Ansicht nach – da ist sie sich mit Trump einig – gibt es keine von der Menschheit zu verantwortende Überhitzung der Erde durch klimaschädliche Gase. Ein polnischer Minister der rechtspopulistischen Regierungspartei PIS warnte kürzlich vor der Herrschaft der „Fahrrad fahrenden Vegetarier“ in Europa. Und der stellvertretende Bundesvorsitzende der AfD will das „linksgrün-versifft 68er Deutschland“ wieder in Ordnung bringen... Was immer man darunter verstehen könnte....

Die rechtspopulistische Bewegung setzt gewisse Anreize für wertkonservative Menschen, gerade auch für Christinnen und Christen. Ich will hier nur Stichpunkte vermerken:

Der Schutz des ungeborenen Lebens.

Das Bekenntnis zur traditionellen Familie. Die Gender-Mainstreaming-Tendenz und die Angst vor dem Islam.

Geht es nach der AfD soll der Staat wieder auf seine klassischen Aufgaben zurückgeführt werden: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung.“

Meine Damen und Herren, der Staat hat die Aufgabe, aktiv das Gemeinwohl herzustellen, weil der freie Markt eben nicht automatisch zum Gemeinwohl führt. Der Staat muss vor allem Sozialstaat sein! Er muss zusammen mit den Sozialpartnern für eine gerechte Verteilung und für die möglichst umfassende Chancengerechtigkeit sorgen.

Dazu passt, dass die AfD nicht nur die ausgesetzte Vermögenssteuer ganz abschaffen will, sondern gleich dazu auch noch die Erbschaftssteuer. Ich weiß, dass die Erbschaftssteuer keine sehr beliebte Steuer ist. Mich wundert das, weil diese Steuer wegen der extrem hohen Freibeträge von einer halben Million bei Verwandten ersten Grades wirklich nur die sehr gut gestellten Erben sehr maßvoll belastet.

Björn Höcke von der AfD kann uns erklären, warum ihn das nicht interessiert. Zitat aus der Schweinfurter Rede von Höcke (28.4.2016):

„Es kommt jetzt nicht darauf, das Volksvermögen neu zu verteilen, von oben nach unten oder von unten nach oben oder von jung zu alt. Jetzt kommt es darauf an, das Volksvermögen von außen nach innen neu zu verteilen!“

Er will also eine rigoros nationale Wirtschafts- und Handelspolitik betreiben. Er behauptet, dass das Volksvermögen heute nach außen verteilt wird. Das soll beendet werden. Diese These des Rechtspopulismus wird überall vertreten – in den USA von Trump, in Frankreich von Le Pen, in Österreich von Strache – überall wird gerufen: „Wir zuerst!“

Wir sollten der Versuchung zum kollektiven, nationalen Egoismus – das ist der Kern des Rechtspopulismus – nicht nachgeben.

Immer wieder wird gesagt, dass Europa keine „Sozialunion“ sein könne. Der große katholische Sozialethiker Friedhelm Hengsbach fordert eine europäische Sozialunion und stellt uns vor die schreckliche Alternative „Teilen oder töten“: Wer seinen Besitzstand gegen die Armen verteidigen will, wird irgendwann zur Gewalt als Mittel der „Verteidigung“ greifen müssen...

Ich meine: Die ganze Menschheit wird sich als Sozialunion verstehen müssen, wenn der Friede vorankommen soll. Und daher halte ich die AfD für eine Anti-Friedenspartei. Nicht „Deutschland zuerst“, nicht „Bayern zuerst“, nicht „Amerika first“... der Slogan aller empathischen und friedensliebenden Menschen im 21. Jahrhundert kann nur lauten:

Our planet first! - Die Armen zuerst! - Das Leben zuerst!“

Liebe Mitmenschen, lassen Sie mich schließen mit einem Wort von Alice Weidel, der AfD-Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl mit Zeitwohnsitz in der Schweiz und Ober-Demagogin, das sie anlässlich einer AfD-Veranstaltung in Lauben bei Kempten absonderte. Sie sagte: *„Ich stehe hier, weil ich mein Land liebe.“*

Liebes Land, liebe Frauen und Männer, ich stehe hier, weil ich meine Freiheit, meinen Mann, meine Kinder und unsere Demokratie liebe. Und daher ist es zwingend notwendig, mit vereinten Kräften eine große Transformation politisch auf den Weg zu bringen, die Armut und Umwelt gemeinsam in den Blick nimmt und ein gutes Leben für alle Menschen organisiert, ohne unseren Lebensraum Erde zu ruinieren. Und daher:

Ein starkes Netzwerk gegen Rechtspopulismus JETZT! – AfD ist so was von gestern.